

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Festtage zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neueneyer, Kurstraße 50. in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haackstein u. Vogler, in Hamburg: J. Fährheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 10½ Uhr Vormittags.

New-York, 8. October. 40,000 Conföderirte haben unter den Generälen Price und Vandorn die Unionisten unter General Rosenkrantz bei Corinth am Mississippi angegriffen; es fand eine zweitägige Schlacht statt. Rosenkrantz berichtete am 3. October über ein großes Blutbad und daß die Conföderirten zurückgeworfen worden seien. Der letzte offizielle Bericht des Unionistengenerals bestätigt, daß der Feind gänzlich deroutet und die Conföderirten sich in vollem Rückzuge gegen Richmond befänden; Frankfurt ist von ihnen geräumt worden. — Die Commission des Senats der Südstaaten hat die Resolution angenommen, daß vom Januar ab alle gefangenen Offiziere der Unionisten so lange zu Zwangsarbeiten verwendet werden sollen, bis der Krieg beendet oder die Proclamation Lincolns in Betreff der Sklaven-Emanzipation zurückgezogen worden sei.

Angekommen 2 Uhr Nachmittags.

Petersburg, 18. October. Nach einem heute publizierten kaiserlichen Befehl sollen von jetzt ab den Militärgerichten öffentliche Anklagen und Vertheidiger beigegeben werden. — Ein Decret des Generalgouverneurs von Wilna hebt den Belagerungszustand der Stadt und des Bezirks auf; das Tragen von Waffen bleibt noch verboten. Staatsverbrechen sollen auch ferner den Kriegsgerichten unterworfen bleiben.

(W.A.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 17. October. Der heutige „Moniteur“ enthält die Ernennung des Marschalls Canrobert zum Chef-Commandeur zu Lyon und die des Herzogs von Magenta zum Chef-Commandeur zu Nancy.

Die Schließungsrede des Minister-Präsidenten.

Die Rede, welche der Ministerpräsident bei Schließung der diesjährigen Session gehalten hat, würde uns überraschen, wenn Dinge, die die Menschen sonst zu überraschen pflegen, nicht schon längst bei uns zu alltäglichen Erscheinungen geworden wären. Doch gehen wir ohne weitere Einleitung auf die Sache selbst los.

Die Regierung, sagt der Minister, beklagt, daß es nicht zu einer gesegneten Feststellung des Staatshaushalts-Stats von 1862 gekommen ist und führt dann zwei Ursachen des Nichtzustandekommens an. Die erste besteht darin, daß die Regierung der Nichtbewilligung von etwa 6 Millionen Thalern für die Kosten der Heeresreorganisation nicht habe „be-

treten“ können. Wunderbar! Die Regierung verlangt die Ermächtigung, für das Militair 38½ Mill. auszugeben zu dürfen; das Abgeordnetenhaus aber bewilligt nur 32½ Mill., und nun sagt die Regierung: Wir treten eurer Weigerung nicht bei! Wir fragen: Was bedeutet denn ein solches Nichtbeitreten?

Doch sehen wir uns auch die zweite Ursache an, die der Ministerpräsident anführt. Er sagt: das Herrenhaus habe die „von dem Abgeordnetenhaus beschlossene Feststellung“ des Budgets wegen ihrer „Unzulänglichkeit“ verworfen. Das heißt: Weil das Abgeordnetenhaus nach der Meinung des Herrenhauses der Regierung nicht genug für das Militair bewilligt hat, so hat das Herrenhaus ihr gar nichts bewilligt, nichts für das Militair und nichts für alle übrigen Zweige der Staatsverwaltung. Gewiß noch wunderbarer! Aber das Allerwunderbarste ist, daß das Herrenhaus, indem es der Regierung die Erlaubnis zur Verwendung der Steuern und sonstigen Einkünfte des Staates verweigerte, dem Wunsche der Regierung gemäß handelte. Wenn daher der Ministerpräsident weiter sagt, daß nach dem Beschlusse des Herrenhauses die Regierung sich „in der „Nothwendigkeit“ befinde, „den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen“, so ist das eine Nothwendigkeit, die gar nicht existiren würde, wenn nicht die Regierung selbst sie gewünscht und gewollt, ja wenn nicht sie selbst u. A. durch die Abstimmung zweier Minister sie hätte herbeiführen helfen.

Aber warum sind die Minister in eine Situation eingetreten, die Herr v. Bismarck als die „Nothwendigkeit, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen“ bezeichnet, und die er einfacher und richtiger als eine verfassungswidrige Situation hätte bezeichnen können? Der Ministerpräsident antwortet: Weil es „eine schwere Pflichtverletzung“ gewesen wäre, wenn die Regierung sogar „mit Beeinträchtigung der Reichthümer Preußens“ die Heeresreorganisation „dem Beschlusse des Hauses“ gemäß hätte „rückgängig machen“ wollen.

Wir dagegen meinen, daß auch bei Führung des Staatshaushalts es die erste Pflicht der Minister ist, sich „die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage“ zu verschaffen, und, wenn sie diese Pflicht nicht erfüllen können, sich einzugehen, daß sie nicht in der Lage sind, die Regierung eines constitutionellen Staates zu führen, eines Staates, der nur nach der auch von ihnen beschworenen Verfassung regiert werden darf. Ferner ist es die Pflicht constitutioneller und preussischer Minister, zu wissen, daß das höchste und stärkste Interesse an der „Reichthümer Preußens“ das preussische Volk selber hat, und daß das Urtheil, welches die von diesem Volke freigewählten Vertreter über die zur Erhaltung und Erhöhung der preussischen Reichthümer führenden Mittel und Wege gefunden haben, doch von einer etwas höheren Autorität ist, als das Urtheil Einzelner oder einer Partei, die im Lande keinen Boden und keine Anhänger hat. Wer freilich seine persönliche

Sache meine, die Wirkung des Psalms müsse eine großartige und tiefe sein.“

Nachdem Schumann bedauert, daß es unmöglich sei, das Werk beim „nächsten“ rheinischen Musikfest zur Aufführung zu bringen, fährt er fort: „Nun ist es an Berlin, den Psalm in würdevoller Weise aufzuführen; alle Kräfte sind dort vorhanden. Es wäre eine Schande, wenn auch diesmal der Prophet seinen Ruhm erst aus der Fremde holen müßte.“

Und in der That überließ Berlin die Ehre der ersten Aufführung des „Wilfing“ „De profundis“ der Stadt Leipzig und ließ ein Decennium darauf warten, dem heimischen Künstler sein Recht widerfahren zu lassen. Endlich ermannete sich unsere alte Singakademie, die den langweiligen Abraham ihres Subdirectors in kurzer Frist dreimal auf Tapet brachte, den vierhundert Psalm von Wilfing aufzuführen, und, im Ganzen, sehr gut aufzuführen, was man ihr zu Ehren ausprechen muß; denn ein so reich combinirtes polyphonisches Werk ist selbstverständlich nicht leicht. Aber was hat der Componist davon gehabt, außer der Ehre?

Nun die Kosten! Dafür sind wir ja doch Deutsche. Wilfing hat die Copialien, das Orchester, die Programme u. in Summa mit mehreren Hundert Thalern zu decken gehabt. Aber der Saal war doch zum Erdrücken gefüllt! Er freilich! es war ja auch gratis.

Wenn ein Engländer im Stande wäre, ein solches Werk zu schaffen, er würde in London, Dublin, Edinburgh und auf den Provinzialmusikfesten so viel damit verdienen, daß er davon, wenigstens in Deutschland, als Rentier leben könnte; aber hier muß er die Aufführung bezahlen, wenn er sein Werk hören will. Es war zum ersten Mal, daß Wilfing seinen Psalm hörte.

Ein deutscher Maler oder Bildhauer, und namentlich letzterer, der bei gleicher Begabung sich so weit entwickelt hat, wie der Componist des Werkes in Rede, ist freilich in Deutschland besser gestellt und kann etwas vor sich bringen, denn er kann darauf rechnen, bedeutende Aufträge zu erhalten; aber wer bestellt ein großes geistliches Kunststück bei uns zu Lande?

Da ist z. B. seit ein paar Tagen ein großes Genrebild: „Nach der Taufe“ von Knans (aus Wiesbaden, früher in Düsseldorf, später in Paris, jetzt hier lebend) in Sachsens permanenter Ausstellung zu sehen, das die Pariser Kunsthandlung von Goupil für 30,000 Francs angekauft hat, und es ist nicht das erste Bild von Knans, das Goupil für diesen Preis gewonnen. Freilich der Künstler ist in seinem Fach zur Zeit vielleicht der Erste; wenigstens kennen wir keinen, der es ihm in Bezug auf acht malerische Wahl

Meinung höher achtet als die tiefe und wohl erwogene Ueberzeugung eines ganzen Volkes, der mag es freilich für seine Pflicht halten, die Angelegenheiten dieses Volkes so zu verwalten, wie er es für gut findet. Wir behaupten nicht, daß der Ministerpräsident zu dieser Höhe des Selbstgefühls sich emporgehoben habe. Aber er sagt doch, daß die Minister in dem Bewußtsein ihrer Pflichten, d. h. in ihrer lediglich persönlichen Ueberzeugung, die Ermächtigung finden, alle ihrer Ansicht nach für das Staatswohl nothwendigen, wenn auch gesetzlich nicht bewilligten, Ausgaben zu machen.

Es ist sehr erklärlich, daß ein Pflichtgefühl, welches die Minister veranlaßt hat, die Verwerfung des Budgets durch das Herrenhaus geschehen zu lassen, sie auch veranlaßt, diejenige Ermächtigung zur Verausgabung der Staatsgelder, die sie in den Beschlüssen beider Häuser des Landtages und in der Verfassung des Landes nicht finden können, nur in ihrem eigenen persönlichen Gewissen zu suchen. Diese Wirkungen des ministeriellen Pflichtgefühls sind uns vollkommen erklärlich; auch leugnen wir durchaus nicht sein Vorhandensein. Aber wir begreifen es nicht, wie diese Art von Pflichtgefühl sich erzeugen kann, und wir dürfen hinzufügen, nur die können es begreifen, die zugleich die Fähigkeit besitzen, die Verfassung auszulegen, wie Herr v. Bismarck-Schönhausen sie auszulegen vermag.

Das Land aber verlangt, und hat das unbestreitbare Recht, es zu verlangen, daß die Männer, denen die Regierung des Landes anvertraut ist, kein anderes als ein dem Volke verständliches und mit dem seinigen übereinstimmendes Rechts- und Pflichtbewußtsein in ihrem Kopfe und in ihrem Herzen tragen.

Deutschland.

* Berlin, 17. October. Die Kreuzzeitung höhnt und frohlockt auf die auch im Lager der Ultraliberalen aufgeworfene Frage „Was nun?“ über die Ohnmacht der Volkspartei trotz Diners und Zustimmungsdressen, trotz kühnster Beschlüsse und Null- und Nichtigkeitsklärungen.“ Wer sein Volk und die politische Freiheit wirklich liebt, wer einen menschenwürdigen Staat in einer Gemeinschaft gleichberechtigter und gleich verpflichteter Staatsbürger sieht, dem wird die gegenwärtige Krisis und selbst solch frecher Hohn nur heilsam und willkommen erscheinen. Die Kreuzzeitungsgelehrten müssen sehr unbewandert in der Geschichte der Staaten und Völker sein, sonst würden sie solche Siege, wie sie die Reaction im Augenblick feiert, als den Ausgang ihres sichern, unausbleiblichen Unterganges fürchten, einem Volk gegenüber, welches seit Jahrhunderten bewiesen, daß sein Stern nicht im Niedergang, sondern im Aufgang begriffen ist. Die Schleier sind gefallen, die nackte Wirklichkeit steht als warnende Wahrheit vor aller Augen. Von Anfang an hat die große liberale Majorität unserer Volksvertretung nichts anderes gewollt als Wahrheit in und über unsere Verhältnisse zu bringen, die täuschenden Scheingebilde zu enthüllen, welche das allgemeine Urtheil corumpirten und das

des Vorwurfs, Geist, Lebendigkeit und Humor der Auffassung, Charakteristik, Gruppierung und Zeichnung, und vor Allem in Bezug auf Frische, Feinheit, Glanz und Gesundheit des Colorits zuvorthäte. Knans versteht es in der That, der Natur den Spiegel vorzuhalten; er ist ein Meister höchsten Ranges in seiner Kunst. Aber Rob. Schumann, einer der gebildetsten und begabtesten Tonkünstler neuerer Zeit, sagt dasselbe über Wilfing, und doch muß dieser die Aufführung seines Meisterwerks aus seiner eigenen Tasche bezahlen, und hätte Friedrich Wilhelm IV. den Druck nicht auf Kosten des Ministeriums befohlen, so läge es noch heute im Pulte, denn nicht 30,000 Pfennige, geschweige so viel Francs hätte die große deutsche Musikhandlung, die durch die honorarfreie Veröffentlichung der meisten Werke unserer klassischen Componisten groß geworden ist, dafür gegeben. Carl Maria v. Weber erhielt für den Clavierauszug des Freischütz 150 Thlr., nachdem die Oper in Berlin Furore gemacht, und Franz Schubert für den Erbkönig 8 Gulden Schein. Schreiber dieser Zeilen hat die eigenhändige Quittung des genialen Meisters in Händen gehabt. Ob Deutschland sich etwas mehr um seine Tondichter kümmern wird, wenn das Arndtsche Fragelied ein Anachronismus geworden ist?

Stadt-Theater.

*** „Eine Tochter des Südens“, ein neues Schauspiel von Frau Birch, bleibt bedeutend hinter den früheren Leistungen dieser Verfasserin zurück. Man ist es an Frau Birch gewöhnt, daß sie sich regelmäßig über die Grundgesetze ihrer Kunst hinweg setzt, aber man kann ihr im Allgemeinen durchaus nicht Talent für dieselbe absprechen. Dies bewährt sich namentlich in einer meistens scharfen Charakteristik und zwar liebt sie es, sich außerordentliche Charaktere anzunehmen, die von dem Gewöhnlichen, Schablonenmäßigen ihrer Richtung bedeutend abweichen. Nebenher hat sie die eigene Bühnenpraxis gelehrt, recht effectvolle Scenen zu arrangiren; endlich schreibt sie in der Regel sehr dankbare Rollen und macht es so den Darstellern leicht, das Publikum zu befriedigen. Von diesen Fähigkeiten der Schriftstellerin ist aber in vorliegendem Stück viel weniger zu merken, als in den früheren. Natürlich ist auch „Eine Tochter des Südens“ wieder ein in Scene gesetzter Roman, und zwar ein Gouvernanten-Roman aus der Schule der Miss Currer Bell. Der Hauptmangel des Stückes ist es nun, daß es uns, eben als Drama, die ruhig fortschreitende Entwicklung der Charaktere, durch welche sie uns im Roman verständlich werden,

I Aus Berlin.

(Original-Correspondenz.)

Vor etwa 10 Jahren erschien hier ein auf Befehl des kunstsinnigen Monarchen Friedrich Wilhelm IV. gedrucktes musikalisches Werk, eine vierhundert und dreißigste Composition des einhundertunddreißigsten Psalms (in latein. Text: „De profundis“ etc.) mit großem Orchester, das geeignet war, selbst dem Laien schon allein durch den äußeren Umfang der Form zu imponiren. Der Schöpfer dieses Werkes, das auf Kosten des Ministerii des Cultus veröffentlicht werden mußte, weil sich der Kleintram unseres Musikhandels fast nur mit Possencouplets, Cancanaden und derlei Schnurrpfeifereien befaßt, heißt Friedrich Eduard Wilfing, und lebt ein halbes Menschenalter unter uns als ein wenig bekannter, aber wo er bekannt ist, sehr geachteter Musiklehrer, der sich bereits vor einem Vierteljahrhundert durch die Herausgabe einiger Sonaten in musikalischen Kreisen einen guten Ruf erworben hatte. So z. B. schrieb Robert Schumann im Jahrgang 1839 in seiner Musikzeitung über diese Erstlingswerke: „Die Sonaten haben schöne Vorzüge und verdienen all das Lob, wie man es jungen strebsamen Musikern so gerne zuspricht. Strebe der Componist nur weiter und wage er einmal einen kühnere Anlauf.“ Nun, Wilfing ließ nicht lange warten mit dem „führer Anlauf“, denn schon kurze Zeit nach dieser Recension des genialen Collegen und redlichen Kritikers machte er sich an die Riesearbeit seines „De profundis“, und, wie man sagt, nach zehnjährigem Schaffen trat er damit hervor. Grade so lange soll Weber am „Freischützen“ geschrieben haben. Was lange währt, wird gut. Im Jahre 1853 sandte ein Freund des Componisten die imposante Partitur an Schumann nach Düsseldorf und erhielt darauf ein längeres Schreiben, dem wir einige Passus entnehmen wollen. Der bald darauf in unheilbare Gemüthskrankheit verfallende Jean Paul der Musik schreibt unterem 16. März des gedachten Jahres an den hiesigen Tonkünstler H. Krüger: „Es gehört zu den größten Freuden, auf so hohe Bestrebungen zu treffen, wie sie das „De profundis“ zeigt. Von aller neuen geistlichen Musik, die ich kenne, würde ich nichts als dieses zu vergleichen wäre; es scheint mir ein ganz ausgezeichnetes Meisterwerk in jeder Beziehung. Abgesehen von der hohen Kunst des Tonsetzes, die der Psalm überall offenbart, von der meisterhaften und eigenthümlichen Stimmführung, von allen Vorzügen, die den musikalischen Meister bezeichnen, ist es vor Allem der tiefreligiöse Charakter, der aus dem Werke uns in erhebendster Weise anspricht.“

Volksgewissen irre leiteten. Jene Männer hatte das Volk ins Abgeordnetenhaus geschickt, um frei heraus zu sagen, wie das Volk seine Grundrechte versteht und welchen Bedürfnissen vor allem in unserem Staatsleben abzuhelfen sind, damit unsere politische Entwicklung endlich in feste und dauernde geordnete Bahnen gelenkt werde. Das Volk hat diesen Schritt lange genug überlegt, um auch die möglichen Folgen desselben nach jeder Richtung zu übersehen, daher schreckt es auch vor den gegenwärtigen keinen Augenblick zurück, sondern wird durch dieselben nur orientirt, was ihm noch zu thun obliegt, um an das Ziel, welches seiner politischen Entwicklung gesteckt ist, zu gelangen. Seitdem Preußen eine Verfassung hat, ist im preussischen Volke eine heilsame Veränderung vor sich gegangen. Das Interesse an unsern politischen Angelegenheiten hat sich immer weiter in alle Sphären nicht allein verbreitet, sondern auch befestigt und geklärt. Die politischen Ziele der Gegenwart sind allgemeiner zum Bewußtsein gekommen und in ihrer Nothwendigkeit immer klarer erkannt worden. Ganz von selber ist man daher auch über die kräftige Handhabung der Mittel, welche zu diesem Ziele führen, einig geworden. Die Fortschrittspartei gab den Anstoß zu freierem Wirksamkeit und gerade darin liegt der Grund, weshalb sie so schnell prosperirte. Solche Bewegung kann die Gewalt wohl eine Zeit lang aufhalten, aber nicht unterdrücken. Der stärkere Druck räst nur einen stärkeren Widerstand hervor und die natürlichen Folgen werden nicht ausbleiben.

* Die Sternzeitung, der Staatsanzeiger und nach ihnen die hiesigen Blätter hatten die Nachricht gebracht, daß Se. Majestät eine Deputation der Stadt Breslau empfangen habe, die Sr. Majestät ihre Unzufriedenheit mit der Haltung des Abgeordnetenhauses ausgedrückt habe. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein dringlicher Antrag mit großer Majorität angenommen, welcher dahin lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß von der Stadt Breslau eine Deputation an Se. Majestät den König nicht abgesandt sei und beschließt, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst für die Berichtigung der irrigen Mittheilungen in dem Staatsanzeiger und der Sternzeitung (gemäß § 26 des Pressegesetzes) Sorge zu tragen.“

— Morgen wird Hr. v. Bismarck einem Ministerrathe präsidiren und beabsichtigt dann, Abends auf einige Tage nach Paris zu reisen.

— Der Lieutenant zur See Krausnick ist nach Plymouth commandirt worden, behufs Uebersführung dort angelaufener Schiffe.

— Der Köln. Btg. wird über die letzten Beschlüsse des Herrenhauses geschrieben:

„Die Regierung hat die Verantwortung für die verfassungswidrige Wiederherstellung der Vorlage vom 25. Mai dem Herrenhause allein überlassen. Officiell, heißt das. Es braucht indeß nicht erst gesagt zu werden, daß ohne die Regierung und gar gegen die Regierung die Beschlüsse des Herrenhauses nicht so ausgefallen wären, wie sie nun vorliegen. Aber man darf noch weiter gehen. Aus besser Quelle verlautet über die Verhandlungen der Budget-Commission des Herrenhauses, daß der Minister-Präsident v. Bismarck sich dabei etwas anders ausgedrückt hat, als der Bericht vermuthen läßt. Herr v. Bismarck wurde in der Commission aufgefordert, ob er sich nicht auch darüber äußern wolle, wie nach seiner Ansicht der zweite Punkt des Arminiuschen Amendements zu der Verfassung stehe. Darauf erklärte Herr v. Bismarck: Die Regierung wolle sich bei dieser Frage durchaus neutral verhalten, aber — fügte er hinzu — aber lieb ist's mir doch, wenn Sie's annehmen. Und natürlich that ihm das Herrenhaus die Liebe! Diese Aeußerung, die, wie ich ausdrücklich hinzusetze, auf Ohrenzeugen zurückgeführt werden kann, ist nun ein vortrefflicher Commentar zu den Wendungen der Bismarckschen Rede: Die Regierung „hat zu beklagen, daß die Verathungen über den Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1862 zu einer gesetzlichen Feststellung des-

selben nicht geführt haben, sie ist sich der Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die für sie aus diesem beklagenswerthen Zustande erwächst.“ Was eine Regierung selbst als etwas „Beklagenswerthes“ erkennt, das hat sie doch mindestens die Verpflichtung, aus allen Kräften abzuwehren, und daß sie dieses gethan, wird auch ohne jene Bismarcksche Aeußerung Niemand zu behaupten wagen.“

— (B. B. Z.) Der Etat pro 1862 setzte vielfach Gehaltszulagen für alle Beamtenkategorien aus, die beinahe ohne Ausnahme im Abgeordnetenhause genehmigt worden sind. Nachdem das Herrenhaus den Etat verworfen, sind die betreffenden Rassen angewiesen worden, sämtliche Gehaltszulagen zurückzuhalten, bis in dieser Beziehung weitere Entscheidungen ergehen würden.

— Die Ernennung des Herrn Drouin de l'Huys zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Paris nimmt die öffentliche Aufmerksamkeit auch bei uns in um so höherem Grade in Anspruch, als man diese Ernennung vielfach in einen gewissen Causalzusammenhang mit den jüngsten Vorkommnissen in unserm engeren Vaterlande bringt. Es wird daher erwünscht sein, die Antecedentien des neuen Leiters der auswärtigen Politik Frankreichs wieder vorgeführt zu erhalten. Herr Drouin de l'Huys stammt aus einer begüterten Familie; er wurde am 19. November 1805 zu Melun geboren. Seine Carrière begann im Jahre 1830, wo ihn der zum Gesandten ernannte Herzog von Harcourt als Attaché mit nach Spanien nahm. Von 1833 bis 1836 war er Attaché und Legations-Secretär in Haag und kam dann als Chargé d'Affaires nach Madrid zurück. Er heirathete eine Demoiselle de Saint-Eric, seine Nichte, und gelangte durch diese Heirath in den Besitz des ganzen und sehr bedeutenden Vermögens deren Vaters, eines Generalempfängers. Im Jahre 1840 wurde er Director der Handels-Angelegenheiten im auswärtigen Amte und 1842 von seinem heimathlichen Kreise zum Deputirten erwählt. Sein Streben war darauf gerichtet, Minister zu werden. Er bekannte sich daher zur entschiedenen Opposition, und organisirte dieselbe sogar mit. In Folge dessen erfolgte seine Entlassung aus seiner amtlichen Stellung und Guizot, empfindlich wie immer, rief ihm das Epigramm nach: „Er will Minister sein und ist nicht einmal ein guter Commis.“ Dagegen rächte sich Drouin durch immer heftigere Opposition, durch seine Betheiligung an den Reformankettten und Anderes, wodurch er sich mehrfacher Maßregelung aussetzte, die ihm auf sehr gefährliche Weise den Glorienschein eines politischen Märtyrers zuzog. So traten die Februar-Ereignisse ein und Drouin war ein Mann des Tages. Er blieb Deputirter in beiden National-Versammlungen und wurde in der Constituante zum Präsidenten des Comités der auswärtigen Angelegenheiten erwählt. Nun begann er eifrige Studien über die bürgerliche Welt Europas. Er wurde Mitglied der „orientalischen Gesellschaft“, wo er die Anregungen empfing, welche im Krimkriege ihre Früchte tragen sollten. Am 20. December 1848 trat er ins Ministerium und sah sich demnach am Ziel seiner Wünsche; sein erster Schritt war der, die orientalische Gesellschaft zu quittiren. Drouin de l'Huys half dem Präsidenten nunmehr reactionäre Politik treiben; wie nach innen, so wurde auch nach außen das Netherthum der Gesellschaft in Scene gesetzt, unter Anderem wurde unter der Leitung des vielfach bewährten Oppositionsmannes die famose römische Expedition entfacht. Seine damalige Haltung bei der Vertheilung dieser Maßregel, der National-Versammlung gegenüber, ist noch heute von Interesse; es läßt sich daraus am besten seine Stellung zu der ja noch heute ihrer Lösung harrenden römischen Frage erkennen, wenn nämlich die Wandlungsfähigkeit des Herrn Drouin keine Verringerung seiner damaligen Ansichten hervorgebracht hat. Er erklärte damals: „Niemals werde er die französische Republik als solidarisirt mit allen Republiken betrachten, die etwa proclamirt werden möchten. Pius IX. habe einen doppelten Charakter, als weltlicher Gewalt-Inhaber in Rom und als geistliches Oberhaupt der Kirche. Daher die Schwierigkeit. Berühre der weltliche Fürst seine Krone, so habe Niemand dreinzureden; aber der oberste Pontifex müsse frei sein.“ Aber Drouin de l'Huys war nicht nur ein entschiedener, sondern auch ein vorsichtiger Mann, mitten in der römischen Campagne resignirte er und ging als Gesandter nach London. Am 28. Juli 1852 berief ihn der Kaiser Napoleon zum Ersten des Marquis de Turgo zu rück, er befehligte indeß das Portefeuille des Auswärtigen nur bis zum Mai 1855, wo er über die Wiener Conferenzen stolperte. Er stand also während des ganzen Krimkrieges an der Spitze der auswärtigen Geschäfte Frankreichs, obwohl sein Antheil an denselben eben nur der eines Werkzeuges war. Sein Auftreten in Wien behagte seinem Herrn und Meister nicht, der ihn zurückberief und desavouirte. Seine einzige Selbstständigkeit war sein Köhlerglaube an die österreichische Mission im Osten und sie kostete ihm sein Portefeuille. Auch als Senator gab er 1856 seinen Abschied und lebte, verbannt von des Herrn Angesicht, seitdem als Privatmann in seiner Villa bei — Melun, auch war er Präsident des landwirthschaftlichen Vereins von Melun und Fontainebleau. Das ist der Mann, der nun abermals Gnade gefunden hat und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten berufen ist. Man wird selbst aus dieser flüchtigen Skizze die Ueberzeugung gewinnen, daß von einem bestimmten Programm in Bezug auf die italienische Frage bei einem Mann, wie Herr Drouin nicht wohl die Rede sein kann. Er war liberal, weil er Minister werden wollte; er war reactionär, als er Minister war, weil es so befohlen wurde; er wurde eben sowohl liberal geblieben sein, wäre es verlangt worden.

— Der Verein der Stadtbezirke 41—44 beschloß gestern Abend in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung auf Antrag des Vorstandes folgende Adresse an die Abgeordneten des Bezirkes, Tadel, v. Herford und Twesten: „Die unterzeichneten Mitglieder des Vereins der Stadtbezirke 41—44 fühlen sich gedrungen, ihren mit überwältigender Majorität gewählten Abgeordneten zu erklären, daß sich dieselben, insbesondere die Herren v. Herford und Tadel, durch ihre in der abgelaufenen Sessionsperiode bewiesene echt patriotische, mannhaft und äußerst maßvolle Haltung des in sie gesetzten Vertrauens in ausgezeichnetem Grade würdig gezeigt haben, wofür ihnen der Dank des Vaterlandes gebührt. Die Unterzeichneten erklären ferner, daß sie genau den Standpunkt einnehmen, den die Majorität des Abgeordnetenhauses, demnach auch ihre Vertreter, die Herren v. Herford und Tadel, in der Militair- und Verfassungsfrage, speziell durch Annahme der v. Forckenbeck'schen Resolutionen in so energischer Weise festgehalten haben — während sie das Verfahren der Minorität des Abgeordnetenhauses, also auch des Herrn Twesten in der Militairfrage, als die Rechte des Landes preisgebend und, wie der Erfolg bewiesen, politisch unpractisch mißbilli-

gen. Die Unterzeichneten sprechen endlich die zuversichtliche Hoffnung aus, daß ihre Vertreter in dem glorreich begonnenen Kampf um die freiheitliche Entwicklung unseres Staatslebens und um die Wiederherstellung unserer beschworenen Verfassung unerschütterlich ausstehen werden, in einem Kampfe, dessen endlicher Ausgang nicht zweifelhaft sein und bei dem sich das Haus der Abgeordneten der ausdauerndsten Unterstützung des ganzen Volkes versichert halten kann. Die Wahrheit unser Schild! Das Recht unsere Waffe!“ Die Adresse fand sofort einige Hundert Unterschriften und wird bei den nicht anwesenden Vereinsmitgliedern noch Behufs nachträglicher Unterzeichnung circuliren. Außerdem beschloß der Verein die Abordnung einer Deputation an den Abgeordneten Tadel, um denselben zu seinem heutigen 76. Geburtstag zu beglückwünschen.

— Die „Nat.-Btg.“ schreibt: „Der Grund, aus welchem die gestrige Abendausgabe der „Nationalzeitung“ confiscirt worden ist, ist uns unbekannt geblieben, und wir können nur vermuthen, daß die Mittheilung einer Reihe von Urtheilen der englischen und französischen Presse über unsere Verfassungszustände die Veranlassung gegeben hat.“

— Die vorgestrigte Nummer der „Tribüne“ ist polizeilich mit Beschlagnahme belegt worden. Grund zu dieser Maßregel ist ein Citat aus den „Daily News“ über den Ministerpräsidenten v. Bismarck.

— Die „B. B. Z.“ schreibt: Es ist heute hier allgemein das Gerücht von einem abermaligen sehr beträchtlichen Postdiebstahl verbreitet. Die darüber umlaufenden Versionen weichen jedoch vielfach von einander ab. Nach der einen Mittheilung ist das gestohlene Paquet das von Petersburg gekommene, welches von hier aus weiter in der Richtung nach Köln gehen sollte, nach der andern Version handelt es sich um das von Köln aus hier angelangte Paquet. Die entwendete Summe wird in den umlaufenden Gerüchten zwischen 200,000 und 400,000 Thlr. schwankend angegeben.

Aus dem Posener Kreise, 17. October. (Ostb. B.) Es geht mir eben die bestimmte Nachricht zu, daß der Gutsbesitzer Friedrich in Salazemo seine fälligen Steuern nicht zu Stande gekommen ist, unter Protest gezahlt und die desfallsige Erklärung ausdrücklich zu Protocoll gegeben hat.

— Man schreibt der „Volks-Btg.“ aus Bonn, 15. Oct.: In den nächsten Tagen wird die Universität eine Dank- und Zustimmungsadresse an den Geheimen Rath Brandis überreichen, wegen seiner Minoritäts-Abstimmung im Herrenhause. Sogar Bujak, der gegenwärtige Rector, hat mit unterzeichnet, trotzdem er sich an dem bekannten Proteste bei Gelegenheit der Wahlen nicht betheiligen wollte.

Breslau, 16. October. Der Vorstand des „Königs- und Verfassungstreuen Vereins“ publicirt in der Schles. Btg. in offizieller Form den am 13. d. stattgehabten Empfang der Deputation, welche zur Ueberreichung einer Loyalitäts-Adresse an Se. Majestät den König geschickt war. Der König erwiderte dem Sprecher der Deputation folgendes: „Es sei in der Adresse ganz richtig der Gesichtspunkt hervorgehoben, daß in Preußen die Gewalten des Staates gegenseitig sich ergänzen müßten; dies sei die Voraussetzung gewesen, unter welcher Sein Hochseliger Bruder die Verfassung verliehen habe, und in dieser Zuversicht habe Er selbst die Regierung übernommen. Leider sehe Er in diesen Seinen Erwartungen sich für jetzt getäuscht, indem trotz Steuer-Erlaß und anderen entgegenkommenden Maßregeln ein Factor der Gesehehung in Schroffheit verharre, wodurch eine Krisis von schwerer Bedeutung heringebrochen sei. Anstatt den Werth der von Ihm getroffenen Heeresorganisation nach allen Seiten richtig zu würdigen, habe man in Reden über Verfassungsfragen sich ergangen; aber die eigentlichen Tendenzen, welche auf diese Weise leicht hätten verborgen bleiben können, seien jetzt in Frankfurt und an anderen Orten durch preussische Organe klar zu Tage getreten; und dies sei ein Glück für die Staatsregierung. Denn nun gelte es, gegenüber solchen Tendenzen mit Festigkeit aufzutreten, und Er werde daher bei seiner Heeresorganisation unerschütterlich verharren. Er hoffe zu Gott, daß die öffentliche Anerkennung sich Ihm zuwenden, und man sich überzeugen werde, wie nur und allein das Wohl des Landes dabei Ihm am Herzen liege. Die Schwere des Moments, wo eine Lücke der Verfassung hervortrete, werde auch von Ihm nicht verkannt; ergänzende Geseze seien indeß nicht so leicht hergestellt; daher sei es nach Seiner Ueberzeugung der König traut des von Gott Ihm verliehenen Rechts, welcher einzutreten und für das Beste des Landes zu sorgen habe. Und dies werde Er thun.“

England.

London, 14. October. Die Nachricht von der Schließung der preussischen Kammern war in politischen Kreisen schon gestern Abend bekannt gewesen, das große Publikum erfuhr sie erst heute aus den Morgenblättern. Letzteren war sie ziemlich spät zugegangen, so daß nur „Morning Post“ und „Daily News“ noch Zeit fanden, sich über diesen außerordentlichen Schritt der preussischen Regierung in einem Leitartikel auszusprechen. In welcher Weise, braucht kaum erst gesagt zu werden. In einem Artikel über den preussischen Verfassungskampf schreibt die „Times“: „Unter den europäischen Ereignissen des gegenwärtigen Jahres wird die Schließung des preussischen Landtags sich wahrscheinlich als eines der wichtigsten erweisen. [Hier folgt eine starke Stelle.] Und dazu kommt noch, daß in dem vorliegenden Falle der Schritt um so weniger zu verteidigen ist, als er gegen das Lebensprincip jeder constitutionellen Regierung, das Recht der Volksvertreter, die Besteuerung des Landes zu controliren und Verschwendung und Begränzung der den Händen des Souveräns anvertrauten Streitmacht zu bestimmen, gerichtet ist. Seit Monaten hat der Streit zwischen der Regierung und Volkspartei gedauert, und auf beiden Seiten war der Entschluß, seinen Willen durchzusetzen, entschieden. Die letzten Wahlen bestätigten die vorhergehenden und haben der Regierung den vollständigen Beweis geliefert, daß die Nation einmüthig ist und die Volksstimme in dem Votum des Abgeordnetenhauses ihren getreuen Ausdruck gefunden hat.“ Ueber das preussische Herrenhaus bemerkt die „Times“: „Wahrscheinlich, diese Elemente des Oberhauses sind, was Reichthum und Stellung anbelangt, keine besonders fürstlichen Aristokraten; denn die meisten von ihnen sind ärmer, als ein destigter Kaufmann an der Rhee oder ein rheinischer Fabrikant, und in vielen Fällen verdanken sie sowohl Stellung wie Einkommen der Gunst der Krone.“ Der Ton, welchen die „Times“ heute gegen die preussische Regierung anschlägt, ist weit schneidender und höhnischer, als in ihrem gestrigen Artikel. — Der

Hauptache nach sind „Times“, „Globe“, „Morning Post“ und „Daily News“ in ihrem Urtheile über die preussischen Vorgänge einig, während der „Herald“ die Gelegenheit benützt, um ein Loblied auf das rüstig auf dem Pfade des verfassungsmässigen Lebens fortschreitende Oesterreich zu singen.

— Das Octoberheft der neuen Vierteljahrsschrift, „Home and foreign News“ (Organ der aufklärten katholischen Partei) bringt unter anderen sehr schätzenswerthen Beiträgen einen kürzeren Aufsatz über die Zustände in Preußen, welcher viel Gutes und Nichtiges enthält.

— Bei dem vorgestrigen Eisenbahn-Unglücke in Schottland sind, so weit man bis jetzt in Erfahrung gebracht hat, 17 Menschen ums Leben gekommen.

Frankreich.

Paris, 15. October. Man spricht seltsamer Weise seit einigen Tagen von einer Annäherung Mazzinis an die italienische Actionspartei. Es sei ihm sogar gelungen, fängt man bei, sich mit Garibaldi auszusöhnen.

— Alle hiesigen Zeitungen besprechen heute die Berliner Nachricht von der Schließung des preussischen Abgeordneten-Hauses. Das „Journal des Debats“ sagt, von allen Auswegen aus der Krisis habe das Ministerium Bismarck-Schönhausen den allereckelagendsten und gefährlichsten gewählt. Die „Presse“ drückt sich weit schärfer aus. Das „Siècle“ zieht eine Parallele zwischen Polignac und Herrn v. Bismarck. Der „Temps“ giebt den Abgeordneten das Zeugniß, daß sie sich um das Vaterland wohlverdient gemacht haben.

Danzig, den 18. October.

* Zum Geburtstag Sr. Kgl. Hoheit des Kronprinzen sollen aus Kreiscommunalfonds 20 Veteranen des hiesigen Landkreises mit einem Festgeschenke von je 6, 20 andere mit je 3 Thlr. bedacht werden. Das Kreisblatt bringt das Namensverzeichnis derselben und citirt sie zur Empfangnahme am 21. d. M. ins landrätliche Bureau.

* Heute Vormittag schied Herr Oberlehrer Brauser aus seinem Wirken an der Catharinen-Schule und trat in den Ruhestand über. Seine Collegen und seine Schüler verabschiedeten ihn, unter den herzlichsten Dankes- und Abschiedsworten und den innigsten Segenswünschen, in angemessener Feierlichkeit, ein Silbergeschenk zum Andenken.

* Das Festessen zu Ehren unserer Abgeordneten findet nicht, wie gestern irrthümlich angegeben ist, Montag, sondern Sonnabend den 25. October, Nachmittags 3 Uhr, im Schützenhaus statt.

* Gestern Abend hielt Herr Pred. Köcker einen öffentlichen Vortrag über Benjamin Franklin. Der Redner gab in einer 1 1/2 stündigen Rede eine Skizze des interessanten Lebens dieses Mannes, in welche zugleich eine Darstellung der öffentlichen Verhältnisse jener Zeit, so weit sie notwendig, verflochten war. Er suchte in dem Lebensbilde das, worin Franklin ein Sohn seiner Zeit gewesen, von dem zu sonder, worin er seinen für alle Zeiten gleichen Menschenberuf erfüllt. Es wurde namentlich hervorgehoben, daß sich im Leben Franklins eine Verbindung von Tugend und Glück zeige, wie sie selten vorhanden gewesen. Dennoch liege die Hauptbedeutung seiner Persönlichkeit weder in dem, womit ihn die Natur vor Andern ausgestattet, noch in dem, was er in der Wissenschaft und im öffentlichen Leben erreicht, sondern in der Gewissenhaftigkeit, Reinheit und Ehrlichkeit seines Strebens, die er so wenig in seinem staatsmännischen, wie in seinem privaten Leben je verleugnet. Und gerade darum sei für Jeden eines der trefflichsten Vorbilder echten Bürgergeistes.

* Herr Werthführer Ziegler ist von seiner Reise nach London zurückgekehrt und wird nächsten Montag Abend im Gewerbehaus einen Vortrag über die Welt-Industrie-Ausstellung halten; es können auch Nichtmitglieder des Gewerbevereins eingeführt werden.

— Die „Ditt. B.“ schreibt: Die in unserer gestrigen Nummer gebrachte Nachricht über die Wiederverhaftung des Redactors Hagen haben wir dahin zu berichtigen, daß nicht das preussische Tribunal, sondern das Appellationsgericht zu Jüterburg auf Beschwerde des Gerichts der 1. Division den Beschluß des Kreisgerichts zu Jüterburg, durch welches der Hagen seiner Haft wegen Verweigerung eines Zeugnisses entlassen war, für nicht gerechtfertigt erklärt und die Wiederverhaftung des Hagen angeordnet hat.

* Aus dem nunmehr publicirten Protocoll des 77. Kreistages (vom 1. Oct.) ersieht man, daß das Gutachten derselben in Betreff des unter dem Collectionnamen Strochdeich jetzt facitlich vereinigten Bezirkes dahin ausfiel, daß alle diejenigen, welche zwischen dem Festungshauptgraben von Danzig, der Danzig-Neufahrwasser Chaussee, Weichselmünde, Holm, der Mehrung'schen Forst, Heubude und Sandweg belegen und auf der neugefertigten Karte von Strochdeich verzeichnet sind, unbedingt geeignet sind, einen selbstständigen Gemeindeverband zu bilden, resp. dazu erklärt zu werden. — Die drei Etablissements Emaus, Tempelburg und Dreilinden sind zweckmäßigerweise nicht mit einem schon bestehenden Gemeindeverband zu vereinigen, sondern zu einer selbstständigen Gemeinde zu erklären. — Die Incorporation der bei Oliva belegenen Etablissements, resp. Grundbesitzungen, unter dem Namen Conradshammer, Freudenthal, Schwabenthal, Mühlenhof und Pelonten, betreffend, spricht sich der Kreistag dahin aus, daß Conradshammer und Freudenthal als selbstständige Gutsverbände anzusehen und mit Oliva nicht zu vereinigen seien; dagegen seien Schwabenthal, Mühlenhof und Pelonten aus Rücksicht auf den Gang ihrer Entfaltung und auf die unmittelbare Lage zu Oliva dieser Gemeinde zu incorporiren.

* Wegen des beim Wustfildirector Granzin vor einiger Zeit ausgeübten Diebstahls ist eine bereits bestrafte Person, die mit den dortigen Lokalitäten bekannt war, zum Arrest gebracht worden.

* Heute früh 7 1/4 Uhr fand in dem Hause Hundegasse 29 ein Schornsteinbrand statt. Die Feuerwehr beaufsichtigte den Verlauf des Brandes.

Tiegenhof. In dem benachbarten Kirchdorf Fürstenau hat eine Feuersbrunst drei große Höfe, die der Herren Schwensfelder, A. Krüger und J. Krüger in Asche gelegt und ist nur das Wohnhaus des letzteren Besitzers verschont geblieben. Der Schaden ist sehr groß, da die Scheunen ganz gefüllt und sämtliche Vorräthe nicht versichert sein sollen; auch ist vom Inventar nur wenig gerettet. Das Feuer soll an einem Strohhause neben der einen Scheune begonnen haben und ist wahrscheinlich von ruchloser Hand angelegt. Vor einigen Tagen wurde bei einem Diebstahl ein Knecht ertappt, der dann bei seiner Vernehmung im Schulzenamt eingestand, das Feuer bei dem Besitzer Wunderlich, wobei ein Dienstmädchen verbrannte, angelegt zu haben. Bei Gericht hat er aber dieses Geständniß widerrufen.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. October 1862. Aufgegeben 2 Uhr 16 Min
Angekommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

Roggen matter.		Weizen.		Roggen.	
loco	51 1/2	51 1/2	3 1/2 Weizen. Pfdr.	88 1/2	88 1/2
Septbr.-Octbr.	51 1/2	52	4 do.	99 1/2	99 1/2
Frühjahr	45 1/2	45 1/2	Danziger Privatb.	108 1/2	108 1/2
Spiritus Octbr.	15 1/2	15 1/2	Dijtr. Pfandbriefe	89 1/2	89 1/2
Rübsl Octbr.	14 1/2	14 1/2	Deutr. Credit-Actien	91	91
Staatspulscheine	91 1/2	91 1/2	Nationale	67 1/2	67 1/2
4 1/2 % 56r. Anleihe	102 1/2	102 1/2	Röln. Banknoten	89 1/2	89 1/2
5 % 56r. Br.-Anl.	108	108	Wechsel. London	6. 21 1/2	6. 21 1/2

Hamburg, 17. October. Getreidemarkt. Weizen loco flau, zu letzten Preisen gut zu lassen, ab Auswärts unverändert. — Roggen loco flau, ab Königsberg neuer disponibel 84, Frühjahr 77 zu haben, wohl 76 zu machen. — Del October 31 %, Mai 29 %. — Kaffee fest; beschränktes Geschäft.

Amsterdam, 17. October. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen preisstabil. Roggen loco unverändert, Terminroggen 3 fl. höher. Raps October 81, April 84. Rübsl Herbst 47, Mai 47 1/2.

London, 17. October. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen unverändert. — Hafer billiger. — Regen und Wind.

London, 17. October. Silber 61 %. — Consols 93 3/4. 1 % Spanier 45 %. Mexikaner 33 1/2. Sardinien 84. 5 % Russen 95. Neue Russen 95. — Hamburg 3 Monat 13 1/2. 7 1/2 % Wien 12 fl. 45 Kr.

London, 17. October. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 21,659,960, der Metallvorrath 16,230,260 £.

Liverpool, 17. October. Baumwolle: 1000 Ballen Umsatz; Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz: 15,490 Ballen. Orleans 26, Upland 25, Surate 9 1/4—21.

Paris, 17. October. 3 % Rente 71, 25. 4 1/2 % Rente 98, 10. Italienische 5 % Rente 72, 75. 3 % Spanier 50. 1 % Spanier 45 %. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 501. Credit mob. - Actien 1182. Lomb.-Eisenbahn-Actien 625.

Produktenmarkt.

Danzig, den 17. October.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 19. October c. Gottesdienst
im Saale des Gemeinbehäuses Mittags 10 Uhr
Predigt: Herr Prediger Ködner.

Bekanntmachung.

Gegen Ende dieses Jahres ist die Aus-
gabe der neuen Zins-Coupons zu den West-
preussischen Pfandbriefen für die Jahre 1863
bis 1866 incl. und wird in Beziehung hierauf
folgendes bekannt gemacht:

- 1) Die neue Coupons-Serie wird lediglich gegen
Vorzeigung des Stich-Coupons (Weihnachts-
Coupon von 1862) herausgegeben, und werden
daher die Pfandbrief-Inhaber aufgefordert,
vor der Beschaffung der neuen Coupons,
über den Stich-Coupon nicht zu verfügen,
2) Die Coupons pro 1863/66 zu den Pfand-
briefen des Danziger Departements,
welche grün gedruckt sind, werden in dem
Zeitraum vom 17. November bis 13.
December 1862 einschließlich, mit Aus-
nahme der Sonntage in den Vormittags-
stunden von 9 bis 12 Uhr in dem Sessions-
zimmer des Landschafts-Bauhauses hier selbst,
Langgasse No. 34 dem Inhaber und Vor-
zeiger des Stich-Coupons extra-irt.
- 3) Die Inhaber Westpreuss. Pfandbriefe der
Departements Bromberg, Marienwerder u.
Schneidemühl, welche die neuen Coupons
hier in Empfang zu nehmen wünschen, haben
uns ein genaues alphabetisch nach Guts-
namen, Nummer und Capitalwerth zu
ordnendes deutlich geschriebenes Verzeichniß
derjenigen Pfandbriefe, zu welchen sie die
Coupons verlangen, bis spätestens

den 29. November 1862

einzureichen. Die Formulare zu diesen Verzeich-
nissen können in unserm Kassencorrespondenz-
bureau in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr,
mit Ausnahme der Sonntage, in Empfang ge-
nommen und dabeihit nach bewilligter Ausfüllung
wieder eingereicht werden. Wer nach dem 29.
November c. Coupons bestellt, muß die mit
der besonderen Bestellung und Verendung ver-
knüpften Portofosten tragen. Der Zeitpunkt der
Herausgabe der bei uns bestellten neuen Coupons-
Serie zu den Pfandbriefen der genannten drei
auswärtigen Departements wird später bekannt
gemacht werden.

Danzig, den 27. September 1862.

Königl. Westpr. Provinzial-
Landschafts-Direction. [47]

Bekanntmachung.

Der Concurs über das Vermögen des hie-
sigen Kleiderhändlers Michaelis Michaelsohn
ist beendet.

Danzig, den 10. October 1862.

Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung. [53]

Eine Auswahl ganz vorzüglich r
Photographie-Albums
erhielten wir aus Paris zu billigen Preisen.
Léon Saunier,
Buchhandlung f. deutsche u. ausländ. Literatur in
Danzig, Stettin u. Elbing. [549]

So eben eichen und ist bei Unterzeich-
netem eingetroffen:
Amtliche stenographische Berichte der
Verhandlungen des Preussischen Abgeordneten-
hauses über den

Militair-Stat.

Z